

## Newsletter Dezember 2024

Liebe Interessierte,

am 08.12.24 brachte der Sturz des syrischen Machthabers Bashar al Assad Euphorie unter den Menschen in Syrien und Exil-Communities hervor. Mit dem Sturz von Bashar Al-Assad wurden auch zahlreiche politische Gefangenen aus Gefängnissen befreit, in denen sie mitunter Opfer von Folter und menschenunwürdigen Bedingungen waren. Der Verbleib vieler Vermisster aus der Zeit des Assad-Regimes bleibt weiterhin unklar.

Trotz weitestgehend friedlicher erster Tage ist die politische Entwicklung und die damit zusammenhängende zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage im Land unklar. Während sowohl die Türkei als auch Israel Angriffe in Teilen des Landes fliegen, kommt es zu Fluchtbewegungen im Landesinneren. Unter anderem besteht Angst vor einem ungewissen Status der Minderheiten, insbesondere der zukünftigen Stellung der Kurd\*innen und den unter den von ihnen verwalteten Gebieten. Hinzukommt eine prekäre wirtschaftliche Lage.

Trotz der unsicheren Lage ließen es sich Teile der deutschen Politik nicht nehmen, umgehend eine öffentliche Debatte über die Zukunft von Menschen syrischer Nationalität in Deutschland zu eröffnen. Während unreflektierte Diskussionen über mögliche Rückführungen geführt werden, kündigte das BAMF an, Asylentscheidungen syrischer Antragstellender vorerst auszusetzen.

In unserer Advocacy-Arbeit hat das Thema Syrien damit in den letzten Wochen einen wichtigen Platz eingenommen - ebenso wie, unter anderem, der landesweite Winterabschiebestopp und die ausstehende Verlängerung der Landesaufnahmeregelung für Verwandte von irakischen, syrischen und afghanischen Berliner\*innen. Der Winterabschiebestopp wurde inzwischen zumindest eingeschränkt erlassen, die anderen Themen werden uns weiter beschäftigen.

Diese Arbeit können wir nicht ohne Unterstützung aus der Zivilgesellschaft leisten. Als Nichtregierungsorganisation, die sich politisch unabhängig für die Rechte Schutzsuchender einsetzt, sind wir stets bemüht, möglichst wenig bis keine staatliche Förderung in Anspruch zu nehmen. Dafür sind wir auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. In diesem Sinne freuen wir uns zum Jahresende über [Spenden](#) aus euren Reihen, um unsere politische Arbeit auch 2025 laut und unabhängig fortsetzen zu können. Vielleicht ist auch eine [Fördermitgliedschaft](#) für den\*die eine\*n oder andere\*n ein passendes Geschenk.

Einen friedlichen Jahresausklang und einen guten Rutsch ins neue Jahr  
wünscht euch  
euer Team vom Flüchtlingsrat Berlin e.V.

# Auszüge aus unserer Arbeit

## Pressemitteilung zur Innenminister\*innenkonferenz

Anlässlich der vom 04. bis 06.12.24 tagenden IMK haben wir Innensenatorin Iris Spranger aufgefordert, sich für eine rechtsstaatliche und menschenrechtsbasierte Politik im Bereich Flucht und Migration einzusetzen. Das bedeutet für uns ein klares NEIN zu Abschiebungen in unsichere Herkunftsstaaten, und ein JA zur Aufrechterhaltung von Aufnahmeprogrammen, der Anerkennung von EugH-Urteilen und der Förderung und dem Schutz von Beratungsstellen. Zu unserem Forderungspapier geht es [hier](#).

## Landesaufnahmeregel retten! Offener Brief mit 16 anderen Organisationen

Seit vielen Jahren bietet die Aufnahmeregelung Berliner Familien die Möglichkeit, auf eigene Kosten geflohene Verwandte aus Kriegs- und Krisengebieten bei sich aufzunehmen. Mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass die Aufnahmeregelungen für geflohene Syrer\*innen, Afghan\*innen und Iraker\*innen am 31.12.2024 auszulaufen drohen und bislang nicht verlängert wurde. Daher haben wir mit 16 weiteren Organisationen einen [Offenen Brief](#) verfasst.

Um die dringend notwendige Landesaufnahmeregel zu retten, kann jede\*r aktiv werden: Schreibt euren Abgeordneten mittels dem [Mailingtool](#) von Leave No One Behind und [unterstützt uns](#), wenn wir unsere Forderung am 18.12. im Abgeordnetenhaus Berlins deutlich machen!

## Presseerklärung und Gedenkfeier zum Tag der Menschenrechte

Am 10.12. war der jährliche Tag der Menschenrechte. Zu diesem Anlass haben wir in einer Pressemitteilung vehement den Erhalt von Berlins Aufnahmeregel für Verwandte von afghanischen, syrischen und irakischen Berliner\*innen gefordert. Zudem haben wir eine Gedenkfeier des [Civil Society And Human Rights Network](#) unterstützt. Das Netzwerk von exilierten Menschenrechtsverteidiger\*innen aus Afghanistan hat mit Kerzen, Musik und Reden vor dem Auswärtigen Amt ermordeten Aktivist\*innen in Afghanistan gedacht.

## Auftaktveranstaltung BerlinZeigtCURAge

Im Kontext der Hetze gegen Geflüchtete und Migrant\*innen, die aktuell ein viel genutztes politisches Instrument ist und mit menschenrechtswidrigen Einschränkungen des Asylrechts einhergeht, möchte die Amadeu Antonio Stiftung mit einer Kampagne die Aufmerksamkeit darauf richten, welche Auswirkungen dies auf den Alltag von Geflüchteten in Berlin hat. Im Fokus steht dabei die Gewalt, der Geflüchtete tagtäglich ausgesetzt sind. Zum Auftakt der Kampagne gab es am 09.12. eine Diskussionsveranstaltung im Refugio Berlin, an der wir teilgenommen haben. Die Kampagne findet im Rahmen der Reihe „[BerlinZeigtCURAge](#)“ statt.

## Presseerwähnungen (Auszug)

Bundesamt stoppt vorerst Entscheidungen über Asylanträge von Syrern [tagesschau](#)  
Debatte über syrische Flüchtlinge - Saleh nennt CDU-Vorschläge "respektlos" [tagesschau](#)  
Flüchtlingsrat Berlin für Erhalt der Aufnahmeregel von Geflüchteten [junge Welt](#)  
Bundesamt stellt die Entscheidung über Asylanträge von Syrern vorübergehend ein [dhn](#)  
Roma in Berlin: Asyl statt Saisonarbeit [nd](#)  
Berlin: Rassist weiter Polizist [junge Welt](#)  
Flüchtlingsrat fordert Abschiebestopp für Afghanistan und Syrien [evangelisch.de](#)  
Diskriminierung für ein halbes Jahr [nd](#)

Mit Bargeld-Obergrenze von 50 Euro: Sozialsenatorin verkündet Einführung von Bezahlkarte für Geflüchtete in Berlin [Tagesspiegel](#)  
Bezahlkarte für Geflüchtete in Berlin: Menschenverachtung darf was kosten [Head Topics](#)  
Entscheidungen über Asylanträge von Syrern vorerst gestoppt [rbb](#)

## Neuigkeiten aus dem Bereich

### Assad-Regime in Syrien gestürzt - BAMF setzt Entscheidungen aus

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat vorerst Entscheidungen über Asylanträge von Syrern gestoppt. Grund sei die unklare Lage nach dem Sturz des Assad-Regimes. Deutschlandweit geht es um rund 47.000 Anträge, davon 46.081 Erstanträge. Auf bereits getroffene Asylentscheidungen hat die neue Lage in Syrien keine Auswirkungen. Bis Ende Nov 2024 stellten rund 72.000 Menschen aus Syrien erstmalig Asylantrag in Deutschland, das BAMF entschied über 91.000 Fälle. Die (bereinigte) Schutzquote lag bei nahezu 100%. Insgesamt macht Syrien 22% aller anhängigen Asylverfahren beim BAMF aus. Die [Tagesschau](#) berichtete.

### Pro Asyl: Beratungshinweise für syrische Geflüchtete und ihre Berater\*innen

Die politische Diskussion und vor allem die aktuelle Meldung des BAMF, die Entscheidungen über syrische Asylanträge zu pausieren, verunsichert viele Geflüchtete, die sich in Deutschland ein neues Leben aufgebaut haben. In den meisten Fällen ist die Angst unbegründet. [Pro Asyl](#) hat mehrsprachige Beratungshinweise herausgegeben.

### Rumänien und Bulgarien treten Schengenraum bei

Reisende mit dem Auto oder Zug müssen bisher an der Grenze zu Bulgarien und Rumänien ihren Ausweis vorzeigen. Eine EU-Einigung wird das schon bald ändern. Im Gegenzug verspricht Rumänien „Bewältigung illegaler Migration“. Das [Migazin](#) berichtet.

### Diskriminierende Bezahlkarte kommt auch in Berlin

Ende November kam sie doch: Die Einführung der diskriminierenden Bezahlkarte durch eine Einigung im Senat. Die landesweite Bargeld-Obergrenze wird bei 50€ liegen. Zumindest soll die Regelung befristet sein: Die Karte soll nur an neu ankommende Menschen ausgegeben und für die ersten sechs Monate genutzt werden. Der [Tagesspiegel](#) berichtete (Bezahlschranke).

Wir verweisen in diesem Zusammenhang einmal mehr auf die Möglichkeit eines\*r jeden, ein kostenloses Basiskonto zu errichten. Infos dazu auf unserer [Website](#).

### Zur Umsetzung der GEAS-Reform und ihren Folgen

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) beschäftigt uns wie viele andere spätestens seit dem Vorliegen entsprechender Gesetzesentwürfe zur Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben. Die [Rosa-Luxemburg-Stiftung](#) hat jetzt einen interessanten Beitrag zur Implementierung der Gesetzesvorhaben in Deutschland und ihre Folgen auf Länder an der EU-Außengrenze veröffentlicht. [Medico International](#) hat einen ebenfalls lesenswerten Faktencheck zur GEAS-Umsetzung herausgebracht.

## **Tegel wird entlastet**

Seit September dieses Jahres wurde das Lager am ehemaligen Flughafen Tegel durch das Landesamt für Flüchtlinge (LAF) zunehmend geleert. Während Mitte September fast 5000 Menschen in der Unterkunft lebten, sind es Medienberichten zufolge aktuell 2919 Menschen aus der Ukraine und 810 aus Syrien, der Türkei und anderen Ländern. Damit wurden etwa 1200 Menschen in reguläre Unterkünfte, darunter ein ehemaliges Hotel in Lichtenberg, verlegt. Gleichzeitig berichtet der [Tagesspiegel](#) einmal mehr über Unstimmigkeiten bei der Vergabe von Dienstleistungen im Zusammenhang mit

## **Berliner SPD beschließt Antrag zu humanitärer Aufnahme aus Gaza**

Nach der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus fordern nun auch Teile der SPD Berlins die Aufnahme von Menschen aus dem Gazastreifen. Auf dem Landesparteitag der SPD am 23.11.24 wurde ein entsprechender [Antrag](#) des Landesvorstands der parteiinternen AG Migration und Vielfalt beschlossen.

## **Aufnahmeregel für Geflüchtete aus der Ukraine wird verlängert - aber nur eingeschränkt**

Sowohl die Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung als auch die Ukraine-Aufenthaltsurlaub-Fortgeltungsverordnung wurde bis zum 4. März 2026 verlängert. Nur eingeschränkt gilt dies jedoch weiterhin für Staatenlose und nichtukrainische Drittstaatsangehörige ohne internationalen Schutzstatus bzw. ohne nachgewiesenes unbefristetes Aufenthaltsrecht in der Ukraine. Die schon seit Kriegsbeginn geltenden und mit den [aktualisierten Anwendungshinweisen des BMI vom 30. Mai 2024](#) verschärften rechtlichen Einschränkungen für diese Personengruppe führt dazu, dass diese Schutzsuchenden nicht mehr vom Schutz des § 24 AufenthG erfasst und weiterhin in Unsicherheit zurückgelassen werden. Der Paritätische Gesamtverband hat eine [Fachinformation](#) dazu herausgegeben.

## **Studie: Wenige Geflüchtete überweisen Geld ins Ausland**

Mit der Bezahlkarte, so gaben Politiker vor, wolle man Auslandsüberweisungen „in großem Stil“ verhindern. Wie eine Studie jetzt zeigt, überweisen nur ganz wenige Geflüchtete Geld in die Heimat – um ihre Familien zu unterstützen, ein entwicklungspolitisch wichtiges Instrument. Das [Migazin](#) berichtet.

## **Eingeschränkter Winter-Abschiebestopp kommt**

In Berlin wird es auch in diesem Winter wieder einen faktischen Abschiebestopp für viele Menschen geben. Demnach sollen zwischen dem 1. Januar und dem 28. Februar 2025 [vorrangig verurteilte Straftäter und Gefährder](#) abgeschoben werden, so die Senatsverwaltung. In der Praxis bedeutet das, dass andere Ausreisepflichtige in dem Zeitraum mit großer Wahrscheinlichkeit nicht abgeschoben werden. Zum Artikel im [Tagesspiegel](#).

## **Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan beendet**

Nach umfangreichen Bemühungen vieler NGOs und einem vorerst anderlautenden Beschluss ist nun klar: Das Bundesaufnahmeprogramm wird zum Jahresende beendet. Mehr als zwei Jahre nach dem offiziellen Start des BAP lautet die Bilanz: Statt etwa 25.000 Aufnahmen gab es nur 864. Dies geht aus aktuellen Zahlen infolge einer [Anfrage](#) der Linken vor. Es warten aktuell noch etwa 5.000 gefährdete Afghan\*innen, die bereits eine Aufnahmezusage erhalten haben (nicht nur im Rahmen des BAP), auf ihren Transfer nach Deutschland. Von der Evakuierung der schätzungsweise 17.000 Personen, die im Rahmen des BAP bereits kontaktiert worden sind (aber noch keine Aufnahmezusage erhalten haben), ist keine Rede mehr. Das gegebene Versprechen der Bundesregierung ist damit gebrochen.

## **Save the Children: Broschüre zur Stärkung von Kinderrechten**

Die Broschüre bietet eine umfassende Analyse der Lebensbedingungen von geflüchteten Kindern, die in Deutschland in Unterkünften für geflüchtete Menschen leben. Sie identifiziert wesentliche Herausforderungen und Notwendigkeiten für die Implementierung kindergerechter Beschwerdemechanismen. Es ist belegt, dass bestehende Unterbringungsformen den Bedürfnissen der Kinder nicht ausreichend gerecht werden, und dass der Alltag für Kinder oft von Gewalterfahrungen, psychischen Belastungen und Diskriminierungserfahrungen geprägt ist. Der Link zur Broschüre findet ihr [hier](#).

## **Spendenkampagne: Refugee Law Clinic Berlin wird 10 Jahre alt**

Anlässlich ihres 10-jährigen Bestehens veranstaltet die RLC Berlin eine Spendenkampagne und gibt in den nächsten Wochen einen verstärkten Einblick in ihre Arbeit, Herausforderungen und Erfolge. Der Spendenlink und mehr Infos zu unserer Kampagne findet ihr [hier](#).

## **LAF prüft keine Mietangebote mehr**

Anträge auf Kostenübernahme für die Unterbringung in Wohnungen werden derzeit vom Landesamt für Flüchtlinge (LAF) nicht mehr geprüft – dazu sei keine Kapazität da. Nach anwaltlicher Einschätzung sind daher gleich und parallel mit dem Antrag auf Kostenübernahme beim LAF auch einstweilige Rechtsschutzanträge beim Sozialgericht möglich und notwendig. Einen Musterantrag für einen solchen „Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung“ findet ihr [hier](#).

## **Integrationskurse: Frauenkurse werden eingestellt**

Besonders spürbar sind die Einsparungen unter anderem bei den Integrationskursen: Die Kursarten Jugend-, Eltern- und Frauenintegrationskurs sowie der Förderkurs werden mit einer ab dem 01.05.2025 eingestellt. Eine entsprechende Information hat das BAMF in seinem [Trägerrundschreiben](#) veröffentlicht.

## **Fortbildungen**

**Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein: Identitätsklärung und Passbeschaffung: Länderfokus Afghanistan**

16.12.2024 Online

In der Grundlagenschulung wird es eine allgemeine rechtliche Einführung in den Themenkomplex Identitätsklärung geben, anschließend werden gegenwärtige Problemlagen bei der Identitätsklärung und Dokumentenbeschaffung für Afghan\*innen in Deutschland, in Anbetracht der politischen Situation, erläutert. Nach dem Input wird es Raum für Fragen und Diskussionen und einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch geben. Zur Anmeldung geht es [hier](#).

## Stellenausschreibungen

BBZ Berlin, [Verwaltungsmitarbeiter\\*in](#)

Spenden an den Flüchtlingsrat Berlin e.V.



### Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405, Berlin

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Abbestellen](#)